

## Wartung und Pflege

Kurzbezeichnung	mehrere SteuerId's zu einer Person
Zeichen	01-0805-03 - 1/2010 - 78 - 1
Status-Modellierung	verworfen
Status-Test	keine Änderung
Umsetzung	G



OSCI® ist eine registrierte Marke  
der Freien Hansestadt Bremen

# mehrere SteuerId's zu einer Person

## Problemstellung

Im Bereich der Meldebehörden bestehen Fallkonstellationen, bei denen zu einer Person im BZSt-Bestand doppelte (mehrere) Datensätze mit unterschiedlicher Steuer-ID geführt werden.

Eine Ursache dafür kann z. B. sein, dass ein Wiedereinzug aus dem Ausland mit abweichenden Personendaten (neuen Passinhalten, fehlerhafte Erfassung von Personendaten (z. B. im Geburtsdatum)) gegenüber den bisher gespeicherten Daten in der 'alten' Meldebehörde (und damit beim BZSt) verbucht wird. Wegen der abweichenden Daten wird beim BZSt die Personengleichheit nicht erkannt (und die SteuerId mit einer 0501 erteilt), ebenso könnte auch die DÜ an die frühere Meldebehörde (0202) ins Leere laufen (0204 – keine Einwohnerschaft). Eine weitere Ursache kann sein, dass ein Neuzugang aus dem Ausland gespeichert wird und sofort eine IdNr. mit der Nachricht 0500 angefordert wird. Erst im Nachhinein wird bei der Meldebehörde erkannt, dass es sich eigentlich um einen Wiedereinzug handelte. In einer alten Meldebehörde liegt ein bereits ins Ausland abgemeldeter Datensatz und der neue Datensatz liegt in der aktuellen Meldebehörde vor. Die alte IdNr ist bei den Meldebehörden nicht mehr vorhanden.

Ist nur eine Meldebehörde ist betroffen, ist eine Löschung eines (ggfs. weiteren) Datensatzes zu einer Person mit der bereits bestehenden BZSt-Nachricht 0507 möglich, wenn sich die Problemlösung / die Löschung auf das eigene Melderegister bezieht (z. B. eine Anmeldung gerade (fälschlicherweise) erfolgt ist, oder der 'Doppelfall' zu einem späteren Zeitpunkt im Bestand erkannt wird (Geburt mit fehlerhaften Daten). Sind weitere Meldebehörden betroffen, so gibt es derzeit keine Lösung.

Aus Sicht der Finanzverwaltung sind Doppelvergaben sehr problematisch, da ein Steuerbetrug in diesen Fällen möglicherweise nicht erkannt wird. Eine medienbruchfreie Bearbeitung dieser Fälle durch XMeld-Nachrichten sollte erreicht werden.

## Lösung

Während der Bearbeitung des CR werden drei grundlegende Probleme für die Findung einer elektronischen Lösung erörtert, die im Jour Fixe ElsterLohn II diskutiert werden:

1. **Keine Möglichkeit, die weitere IdNr im Melderegister zu speichern:** Die meisten (möglicherweise alle) EWO-Verfahren bieten keine Möglichkeit, eine weitere IdNr (die nicht mehr gültige) zu einer Person zu erfassen, um dann beide IdNrn an das BZSt zu übermitteln. Ohne Speicherung kann keine Übermittlung erfolgen.
2. **Nicht elektronisch durchgeführte Rückmeldung zwischen den Meldebehörden:** Wird erkannt, dass eine Person in einer anderen Meldebehörde ebenfalls aktiv (unter einer anderen IdNr) geführt wird, so findet die Abstimmung (das nachträglich durchgeführte Rückmeldeverfahren) in bestimmten Fällen auf dem Papierweg (Fax) statt. Eine manuelle Erfassung der IdNr (zur Übermittlung an das BZSt) soll laut BZSt aber unbedingt vermieden werden.
3. **Nicht mehr vorliegende inaktive IdNr:** Unter Umständen ist der Datensatz, für den die stillzulegende IdNr angefordert wurde, nicht mehr aktiv, beispielsweise weil die betreffende Person in das Ausland abgemeldet wurde. In diesem Fall liegt die stillzulegende IdNr der Meldebehörde nicht mehr vor. Die Zuzugs- und die Wegzugsmeldebehörde können in diesem Fall zwar feststellen, dass die Personendaten abweichen (womit ein starkes Indiz für eine Doppelvergabe der IdNr vorliegt), sie können die Doppelvergabe aber nicht auflösen. Eine grundsätzliche Lösung bestünde darin, die IdNr auch nach Wegzug / Tod weiterhin zu speichern.

Der Jour Fixe bestätigt, dass die aufgezeigten Probleme durch die derzeitige Rechtslage nicht gelöst werden können. Weder die Speicherung weiterer IdNrn ist erlaubt, weder die Speicherung bereits verzogener oder verstorbener Personen im Melderegister ist möglich. Die Teilnehmer des Jour Fixe empfehlen daher, diesen CR zu verwerfen und die Fälle, in denen eine doppelte IdNrn-Vergabe erfolgt ist, in der Sachbearbeitung zu klären.

# Antragsdetails

Antragsteller: Hartmut Kuschnerreit

Erfasst am: 03.03.2010

Bezug:

## Analyse des Änderungsantrags

Im Bereich der Meldebehörden bestehen Fallkonstellationen, dass zu einer Person im BZSt-Bestand doppelte (mehrere) Datensätze mit unterschiedlicher Steuer-ID geführt werden.

Ursachen dafür können sein:

1. Wiederzuzug aus dem Ausland mit abweichenden Personendaten (neuen Passinhalten, fehlerhafte Erfassung von Personendaten (z. B. im Geburtsdatum)) gegenüber den bisher gespeicherten Daten in der 'alten' Meldebehörde (und damit beim BZSt). Wegen der abweichenden Daten wird beim BZSt die Personengleichheit nicht erkannt (und die SteuerID mit einer 0501 erteilt), ebenso könnte auch die DÜ an die frühere Meldebehörde (0202) ins Leere laufen (0204 – keine Einwohnerschaft).
2. Wiederzuzug aus dem Ausland, im Rahmen der ID-Anforderung (0500) wird die Personengleichheit und damit ein Konfliktfall vom BZSt nicht erkannt (SteuerID wird mit 0501 erteilt). Die frühere MB teilt mit, dass die aus dem Ausland wieder zugezogene Person dort noch aktuell ('0203') gemeldet ist.
3. Es wird ein Zuzug aus dem Ausland gespeichert und sofort eine IdNr. mit 0500 angefordert. Erst im Nachhinein wird bei der Meldebehörde erkannt, dass es sich eigentlich um einen Wiederzuzug handelte. In einer alten Meldebehörde liegt ein bereits ins Ausland abgemeldeter Datensatz und der neue Datensatz liegt in der aktuellen Meldebehörde. Die alte ID ist bei den Meldebehörden nicht mehr vorhanden.
4. Ein Einwohner (insbesondere Ausländer) mit verschiedenen Identitäten wird erkannt, verschiedene Einwohnerdatensätze werden bei derselben Meldebehörde zusammen geführt.
5. Die Geburt eines Kindes wurde mehrfach verarbeitet (einmal mit fehlerhaften Geburtsdaten, Namensdaten).
6. Im Rahmen des Dublettenabgleichs wurden die Konfliktfälle nicht 'sauber' gelöst – es wurde irrtümlicher Weise ein vermeintlicher Doppelfall mit einer '509 = zu Recht vorhanden' statt mit einer '512 = Anforderung Steuer-ID wird zurückgezogen' beantwortet.
7. Durch den Bürger wird der Meldebehörde mitgeteilt, dass ein zweiter Brief mit einer zweiten Steuer-IdNr. zugestellt wurde.

Hinweise:

Die doppelten Datensätze haben keinen Konfliktfall beim BZSt ausgelöst.

Die doppelten Datensätze können in derselben aber auch in verschiedenen Meldebehörden liegen.

### 1. Nur eine Meldebehörde ist betroffen:

Eine Löschung eines (ggfs. weiteren) Datensatzes zu einer Person kann mit der bereits bestehenden BZSt-Nachricht 0507 erfolgen, wenn sich die Problemlösung / die Löschung auf das eigene Melderegister bezieht (z. B. eine Anmeldung gerade (fälschlicherweise) erfolgt ist, oder der 'Doppelfall' zu einem späteren Zeitpunkt im Bestand erkannt wird (Geburt mit fehlerhaften Daten).

# Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

Der 'fehlerhafte' Datensatz wird in der Meldebehörde ausgefügt. Mit der Nachricht '0507' erfolgt die 'Löschung' / Deaktivierung im BZSt-Bestand.

Frage: Ist es für das BZSt von Interesse zu erfahren, warum ein Datensatz ausgefügt wurde und ggfs. ein 'Doppelfall' Datenbestand der MB gelöscht wurde?

## 2. Es sind mehrere Meldebehörden betroffen:

Bevor eine Meldebehörde eine Nachricht an das BZSt sendet, müssen beide MB bilateral prüfen / abstimmen / festlegen, in welcher Meldebehörde der Datensatz weiter zu führen ist (analog dem Verfahren bei einem Konfliktfall). Dabei sind auch entsprechende Nebeneffekte bei Familienbeziehungen (Verknüpfung zu Ehegatten, Kindern) zu prüfen und bei der Falllösung mit einzubeziehen und verbindlich abzustimmen. Eine Nachricht entsprechend dem Konfliktmanagement besteht für diesen Sachverhalt nicht.

Nach der Klärung könnte die Bestandsbereinigung entsprechend Ziffer 1 erfolgen. Die nach der Klärung nicht mehr zuständige Meldebehörde löscht den Datensatz in seinem Datenbestand und sendet eine Nachricht '0507'.

Frage: Ist es für das BZSt von Interesse zu erfahren, warum ein Datensatz ausgefügt wurde und ggfs. ein 'Doppelfall' Datenbestand der MB gelöscht wurde?

## 3. Besonderer Sachverhalt:

Die Abstimmung der Meldebehörden ergibt, dass die Person für einen bestimmten Zeitraum in einer der Gemeinden zu Recht gemeldet war, jetzt aber dort einen inaktuellen Status hätte und der Datensatz deshalb nicht gelöscht werden darf.

Da ein 'neuer' Zuzug in die 'aktuelle' / der weiteren Meldebehörde aus verschiedenen Gründen ausscheidet (die Meldekette muss nicht zwingend von A nach B zeigen, in der aktuellen Gemeinde sind in der 'Vergangenheit' individuelle Sachverhalte (Umzüge, Änderung Familienstand, Änderung Religionszugehörigkeit etc.) entstanden), müsste eine 'schlanke Lösung gefunden werden.

Die könnte darin liegen, dass eine Abmeldung nach Unbekannt oder ins Ausland (je nach Sachverhalt) erfolgt, sofern die Person bei beiden Meldebehörden aktuell gemeldet ist. Mit der '0510' erfolgt dann eine entsprechende Nachricht an das BZSt. Als weitere Folge wäre dem BZSt noch die 'endgültige' Löschung des Datensatzes mitzuteilen. Dafür fehlt eine entsprechende Nachricht.

Weitere Fallkonstellation: Ist die Person bei der bisherigen Meldebehörde bereits tatsächlich inaktiv, so ist die Steuer-Id dort nicht mehr vorhanden. Je nach Sachverhalt wäre der weitere Verbleib zu ermitteln – innerhalb des Bundesgebietes wäre die akt. Meldebehörde zu ermitteln, bei einem Wegzug ins Ausland könnte über das MAV oder mit Unterstützung des BZSt die Steuer-ID ermittelt werden.

Alternativ wären die Daten zur Person aus der alten Gemeinde zur Klärung an das BZSt zu übermitteln → Klärung im Rahmen der Projektarbeit.

Hinweis: Wenn das MAV genutzt werden soll, dann müsste neben der Anfrage nach den Ehegattendaten eine weitere Abfragemöglichkeit geschaffen werden.

mögliche Rahmenbedingungen:

Damit das BZSt die beiden Steuer-IDs 'zusammenführen' kann, benötigt sie ergänzend die Steuer-ID der Person aus der aktuellen Gemeinde.

Für diesen Sachverhalt ist ein neuer Prozess zu definieren. Dabei ist auch festzulegen / zu prüfen, welche Aktivitäten ggfs. zwischen dem BZSt und den beteiligten Meldebehörden auszulösen sind.

Möglicher Lösungsansatz sollte im Rahmen der Modellierung in Gö gemeinsam erarbeitet werden, wenn wir eine gleiche Sicht der benannten Fallgruppen haben.

Welche MB soll die Nachricht über die Lösung des 'Doppelfalls' und damit über die Löschung eines DS beim BZSt führen. Notwendig scheint, dass die Steuer-ID der jeweils anderen MB mit in der Nachricht enthalten ist.

## Bewertung

Bewertungskriterien										Aufwandsschätzung	
Gesetzliche Vorgabe Fehler Eindeutigkeit XÖV-Konformität Erleichterung MB Erleichterung AB XMeld-Prozesse Wartbarkeit Fachlicher Aspekt Detail										Modellierung	2
										Test	2
										Hersteller	3
										Betroffene Dokumente	
										Spezifikation	
										HAs	
										Verwandte CRs	
	1	0	1	0	1	1	1	0	0	0	0

**Bewertet durch: EG EL II**

**Bewertet am: 10.06.2010**

Mit dem CR soll der Bestand an vorhandenen Dubletten reduziert werden. Die Dubletten können durch fehlerhafte Eingaben oder durch den Prozess selbst entstehen. Die eindeutige Vergabe einer Id Nr ist gesetzliche Vorschrift. Zurzeit sind ca. 10000 Dubletten bekannt. Die bekannten Doppelvergaben sollen durch eine Lösung des Zivits bis zur Initialdatenlieferung aufgehoben werden. Es besteht daher kein dringender Handlungsbedarf.

## Bearbeitung

Wartend auf:

Betrifft	Aktivität	Status Mod	Status Test
Klärung	Klärung im JF		

**Bearbeitet durch: EG EL II Mod**

**Bearbeitet am: 2010-09-14**

Die Entstehung von Dubletten (verschiedene IdNrn für dieselbe Person) kann nicht vollständig verhindert werden. Gründe dafür können z. B. ein Wiederzuzug aus dem Ausland mit abweichenden Daten oder ein falsch gelöster Konflikt sein. Der Sachverhalt kann aber zu einem späteren Zeitpunkt bekannt werden. Dies kann durch den Bürger selbst (der zwei Mitteilungsschreiben erhalten hat), durch die Finanzverwaltung oder durch die Meldebehörde ausgelöst werden. Im Rahmen der Fallklärung müsste die fälschlicherweise vergebene IdNr stillgelegt werden und ein entsprechender Verweis auf die weiterhin gültige IdNr gesetzt werden. Zu diesem Zweck enthält der XMeld-Standard bereits eine entsprechende Nachricht (0507). Für viele Fallgestaltungen ist diese Nachricht allerdings gegenwärtig nicht anwendbar. Im BZSt liegen daher gegenwärtig ca. 10.000 schriftliche Mitteilungen über erkannte Dubletten vor. Durch die zukünftig herausgehobene Bedeutung

der IdNr ist im weiteren Betrieb u. U. mit größeren Fallzahlen zu rechnen. Aus Sicht der Finanzverwaltung sind Doppelvergaben sehr problematisch, da ein Steuerbetrug in diesen Fällen möglicherweise nicht erkannt wird. Eine medienbruchfreie Bearbeitung dieser Fälle durch XMeld-Nachrichten sollte erreicht werden.

Dem stehen verschiedene Probleme entgegen, die im Jour Fixe erörtert werden sollen.

**1. Keine Möglichkeit, die weitere IdNr im Melderegister zu speichern:** Die meisten (möglicherweise alle) EWO-Verfahren bieten keine Möglichkeit, eine weitere IdNr (die nicht mehr gültige) zu einer Person zu erfassen, um dann beide IdNrn an das BZSt zu übermitteln. Ohne Speicherung kann keine Übermittlung erfolgen. Daher können gegenwärtig nur Dubletten innerhalb des eigenen Melderegisters elektronisch bearbeitet werden, da in diesem Fall zwei Datensätze vorliegen. Im Jour Fixe sollte geklärt werden, ob die Speicherung einer weiteren IdNr zu einer Person durch das MRRG abgedeckt ist.

**2. Nicht elektronisch durchgeführte Rückmeldung zwischen den Meldebehörden:**

Wird erkannt, dass eine Person in einer anderen Meldebehörde ebenfalls aktiv (unter einer anderen IdNr) geführt wird, so findet die Abstimmung (das nachträglich durchgeführte Rückmeldeverfahren) in bestimmten Fällen auf dem Papierweg (Fax) statt. Eine manuelle Erfassung der IdNr (zur Übermittlung an das BZSt) soll laut BZSt aber unbedingt vermieden werden.

**3. Nicht mehr vorliegende inaktive IdNr:**

Unter Umständen ist der Datensatz, für den die stillzulegende IdNr angefordert wurde, nicht mehr aktiv, beispielsweise weil die betreffende Person ins Ausland abgemeldet wurde. In diesem Fall liegt die stillzulegende IdNr der Meldebehörde nicht mehr vor. Die Zuzugs- und die Wegzugsmeldebehörde können in diesem Fall zwar feststellen, dass die Personendaten abweichen (womit ein starkes Indiz für eine Doppelvergabe der IdNr vorliegt), sie können die Doppelvergabe aber nicht auflösen. Eine technische Lösung könnte in einem MAV bestehen. Eine grundsätzliche Lösung bestünde darin, die IdNr auch nach Wegzug / Tod weiterhin zu speichern. Dies ist unter der gegebenen Rechtslage aber nicht möglich.

---

**Bearbeitet durch: Jour Fixe EL II****Bearbeitet am: 2010-09-27**

---

Der Jour Fixe ElsterLohn II empfiehlt, diesen CR abzulehnen, da keine rechtliche Grundlage für die Speicherung der IdNr einer nicht (mehr) in der Gemeinde gemeldeten Person gegeben ist. Dies kann zudem auch nicht Aufgabe der Meldebehörde sein. Den Beteiligten ist klar, dass in diesen Fällen eine Sachbearbeitung in den Meldebehörden sowie im BZSt erforderlich ist. Jedoch gibt es derzeit keine Möglichkeit, diese Fälle auf elektronischem Wege zu behandeln.

Der CR wird damit verworfen.

---

**Bearbeitet durch: EG EL II Mod****Bearbeitet am: 2010-10-27**

---

Der Status "verworfen" wird von der Gruppe bestätigt. Der CR soll aber trotzdem in der QS-Instanz erörtert werden und wird somit nicht auf die grüne Liste gesetzt.